

Editorial: Drogen- und Gesundheitspolitik während der Corona-Pandemie



Es ist kaum zu glauben... Geradezu unheimlich: Fast die ganze Welt steht seit einem Jahr beinahe still. Und dies angeblich wegen einem kleinen, unsichtbaren Virus. In der Corona-Krise liegt das Augenmerk ausschliesslich auf der Veröffentlichung der Anzahl Todesfälle und Neuansteckungen. Vorerkrankungen und präventive Massnahmen werden kaum beachtet. Dies führt zu einer Vernachlässigung der psychischen und sozialen Aspekte. Da Fachleute der Meinung sind, dass uns auch in Zukunft solche Pandemien heimsuchen werden, müssen wir unser gesamtes Gesundheitswesen – insbesondere unsere Drogenpolitik – überdenken. Anstatt reaktiv ausschliesslich nach einem Medikament oder Impfstoff zu forschen, müssen Strategien entwickelt werden, um die Gesundheit, insbesondere die Immunsysteme unserer Bürger/-innen zu stärken. Es braucht mehr Ressourcen, damit das Gesundheitsbewusstsein der Bevölkerung erhöht und eine aktive Prävention in den Alltag integriert wird. Wichtig ist es, sich beizeiten um das körperliche, soziale und psychi-

sche Wohlbefinden (nach Ottawa-Charta) und das Immunsystem zu kümmern und nicht erst, wenn sich ein neues Virus verbreitet.

Das menschliche Immunsystem (gemeint sind die immunkompetenten Zellen wie Leukozyten, Lymphozyten, Makrophagen etc.) wird gestärkt durch:

1. Genügend hohe Dosen an Spurenelementen wie Zink und die **Vitamine C und D**, wobei das Vitamin D insbesondere durch den Aufenthalt im Freien, am Sonnenlicht gebildet wird.
2. Tägliche Bewegung aktiviert ebenfalls das Immunsystem. Aktive Seniorinnen/Senioren sollten ihrem gewohnten Tagesablauf auch in Pandemie-Zeiten nachgehen können. Denn beanspruchen sie eine Zeit lang fremde Hilfe, verlieren sie ihre Kompetenzen, was zu einem vorzeitigen Eintritt in ein Heim führt.
3. Unterschätzt wurde auch die psychische und soziale Verfassung der

Menschen. Tatsache ist, dass sowohl unsere Gedanken wie auch Gefühle, insbesondere Ängste, unser Immunsystem stärken oder schwächen können. Bei allen, welche WC-Papier oder Teigwaren hamsterten, wird das Immunsystem schwächer sein als bei denen, die sich regelmässig an der frischen Luft (mit dem Einhalten der Abstandsregeln) bewegen.

4. Aus diesen Gründen ist es wichtig, den Menschen aufzuzeigen, dass nicht jede über 65-jährige Person gefährdet ist, sondern dass insbesondere Vorerkrankte mit Diabetes, Herz-Kreislaufkrankungen, Lungenproblemen (Drogensüchtige, Raucher) sich selbst schützen müssen. Ebenfalls in Heimen muss ein Umdenken stattfinden, denn ein täglicher Durchschnittskonsum von 10 verschiedenen Medikamenten macht anfällig auf Infektionskrankheiten.

Anstatt drogensüchtige Menschen mit Staatsdrogen zu bedienen und so willentlich ihr Immunsystem, ihren gesamten Gesundheitszustand zu schwächen, müsste die Chance gepackt werden und die Ausstiegshilfen verstärkt werden. Doch was machen die Angestellten unserer «Drogen-Industrie» und die Verantwortlichen für die Drogenpolitik weltweit?

In dieser Ausgabe werden wir einerseits einige Forderungen, Pläne und im Geheimen bereits umgesetzte Fakten von Profiteuren/ Profiteurinnen der Corona-Pandemie aufnehmen und andererseits auf die stetige Ausweitung der illegalen Drogenverteilung durch den Staat und deren



verheerenden Folgen hinweisen. Gleichzeitig verweisen wir auf glückliche Absolventinnen einer abstinenzorientierten Therapie, eine Option, welche bei unseren Suchthilfestellen grösstenteils ausgeblendet wird. Die Meinung, dass drogensüchtige Menschen ihren Stoff brauchen würden und damit die Angelegenheit zur Befriedigung aller gelöst sei, ist verwerflich. Auch mit der Verabschiedung der Gesetzgebung im National- und Ständerat steht nun der Abgabe

von hochpotentem Cannabis (20% des rauscherzeugenden THC – wie hochprozentiger Schnaps!) nichts mehr im Wege. Wo bleibt in unserer vom Materialismus geprägten Gesellschaft das Recht der Süchtigen auf ein sinnerfülltes, glückliches Leben – und die Pflicht, für ihre Mitmenschen weder eine emotionale noch eine finanzielle Belastung zu sein?

Sabina Geissbühler-Strupler, Präsidentin der Schweiz. Vereinigung Eltern gegen Drogen

Merci!

Wir danken den Leserinnen und Lesern für die Zeit, die sie sich für die Auseinandersetzung mit den Quizfragen genommen haben und gratulieren den acht aus der richtigen Antwort ausgelosten Teilnehmenden, die in den letzten Tagen ihren Preis per Post erhalten haben!

 JEUNESSE SANS DROGUE
GIOVENTÙ SENZA DROGHE
JUGEND OHNE DROGEN

www.jod.ch

Aus dem Inhalt

- 1 Editorial: Drogen- und Gesundheitspolitik während der Corona-Pandemie
- 2 Kein Stoff – und jetzt?
- 4 Drogensüchtige als Risikogruppe
- 5 Besondere Hinweise für Drogengebrauchende
- 5 Wir haben den Ausstieg geschafft!
- 6 Substitutionsbehandlungen in Deutschland und in der Schweiz
- 7 Cannabis-Freigabe: Ein politischer Irrweg!
- 8 Wichtigste Fakten zu den Pilotversuchen mit Cannabis und zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes

Besuchen Sie unsere Website:
www.elterngegendrogen.ch

Kein Stoff – und jetzt?

Die Corona-Pandemie hat das Geschäft mit Rauschgift gestört. Eine gute Nachricht im Kampf gegen illegalen Konsum? Tatsächlich hat das winzige Virus auch die mächtigen Drogenkartelle ein Stück weit in die Knie gezwungen. In Mexiko beispielsweise geriet offenbar die Produktion von Crystal Meth ins Stocken, weil Ausgangsstoffe nicht mehr ausreichend importiert werden konnten. Einige kolumbianische Drogenhersteller hatten Probleme, genügend Benzin zu erhalten, mit dessen Hilfe Kokain aus den Blättern des Coca-Strauchs gelöst wird. Vor allem aber wurde der Schmuggel der Drogen empfindlich getroffen, als die Grenzen geschlossen und etwa die Hälfte der Weltbevölkerung mehr oder weniger stark in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt war.

Verfügbarkeit von illegalen Drogen eingeschränkt

Die Folgen spüren die Konsumenten fast überall auf der Welt. «Viele Länder in allen Weltregionen haben über Engpässe bei etlichen Drogen berichtet», heisst es im Weltdrogenbericht, den das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung UNODC veröffentlicht hat. Ist die eingeschränkte Verfügbarkeit der gefährlichen Stoffe eine gute Nachricht? Hat die Pandemie am Ende eine positive Wirkung auf die Gesundheit einiger Menschen?

Kokainschmuggel fast ungebremst auf hohem Niveau

Zwar war das Reisen für Personen stark eingeschränkt, und der Einsatz von Kurieren für den Drogenschmuggel somit kaum möglich. Doch der internationale Warenverkehr wurde während des Lockdowns aufrechterhalten. Diese Situation hat sich vermutlich auch der Drogenhandel zu Nutzen gemacht. Beschlagnahmungen legen den Schluss nahe, dass vor allem der Seeweg ungebremst weiter genutzt wurde, um Kokain in die Europäische Union einzuführen. Beispielsweise seien Kokainfunde im Hafen der niederländischen Stadt Rotterdam auf ähnlich hohem Niveau gewesen wie im Vorjahr. In manchen EU-Ländern hätten Beschlagnahmungen sogar zugenommen.

In der Hoffnung, Grenzkontrollen leichter zu überwinden, haben Kriminelle auch den Corona-bedingt gestiegenen Bedarf an Hygiene-Artikeln ausgenutzt. So wurden in einem Fall 14 Kilogramm Kokain entdeckt, als ein Lieferwagen in das Vereinigte Königreich einreisen wollte. Das Kokain versteckten sie zwischen fein säuberlich verpackten Gesichtsmasken.

Kriminelle Organisationen sind sehr flexibel

Nach Einschätzung des European Monitoring Center for Drugs and Drug Addiction (EMCDDA) habe die Corona-Krise zumindest die Lieferketten zu den Endkunden teilweise unterbrochen. Der Lockdown und das «Social Distancing», dem Gebot zum

Abstandhalten, werden als Hauptgründe genannt. Kriminelle Organisationen seien aber «leider sehr flexibel», sagt Catherine De Boll, Direktorin von Europol. Die Kriminellen würden nach dem Geschäftsmodell «Verbrechen als Service» agieren und neue Wege gehen, um ihr Netzwerk weiter zu entwickeln.

Ein Beispiel für neue Formen des Drogendeals sei nach Angaben der EMCDDA die Nutzung so genannter «Dead Drops». Das sind «tote Briefkästen», also geheime Verstecke, an denen die Drogen vom Dealer deponiert und von den Kundinnen und Kunden abgeholt werden. Der Kauf werde zuvor über verschlüsselte Messengerdienste wie «Telegramm» abgewickelt und mit Cryptowährungen bezahlt. Nach Einschätzung von Experten habe diese Form des Drogenkaufs, der bislang vor allem in Russland von Bedeutung sei, auch in EU-Ländern zugenommen.

Zunahme von Cannabis-Käufen im Darknet

«Dead Drops» spielen vermutlich auch beim Handel im Darknet eine Rolle. Eine Analyse des EMCDDA weist darauf hin, dass sich anfangs 2020 bedeutsame Veränderungen beim Drogenhandel auf den verborgenen Seiten des Internets ergeben hätten. Zwar sei der Gesamtumsatz in den ersten drei Monaten etwas rückläufig gewesen, gleichzeitig sei die Anzahl an Kaufvorgängen in diesem Zeitraum jedoch gestiegen. Wie ist das zu verstehen?

Laut EMCDDA sei die Zunahme bei Transaktionen überwiegend auf den Verkauf von Cannabis über die Plattform «Cannazon» zurückzuführen. Auf der einen Seite sei der Gesamtwert aller Transaktionen auf dieser Plattform zwar um 20 Prozent gesunken, was auf einen Rückgang grosser Bestellungen ab 100 Gramm

Drogenprobleme? Wir können dir helfen!

Besuche ein Meeting in deiner Nähe (Aargau, Basel, Bern, Graubünden, Luzern, Solothurn, Schaffhausen, Schwyz, Solothurn, St. Gallen, Zürich).

Helpline: 0840 12 12 12

www.narcotics-anonymous.ch

Cannabis zurückzuführen sei. Auf der anderen Seite sei aber die Anzahl der Kaufvorgänge gestiegen. So hätten die Käufe bis zu einer Menge von 28 Gramm zugenommen. Daraus könne die Schlussfolgerung gezogen werden, dass in der Anfangsphase der Corona-Krise weniger Cannabis für den Wiederverkauf erworben wurde, möglicherweise aus Sorge, die Droge wegen der Ausgeh- und Kontaktbeschränkungen nicht mehr loszuwerden. Im Gegenzug hätten vermutlich mehr Personen Cannabis für den Eigenbedarf im Darknet gekauft. So haben Analysen des Suchverhaltens im Internet ergeben, dass häufiger Suchbegriffe wie «Cannabis kaufen» oder «Cannabis Hauslieferung» eingegeben wurden.

Einbruch der Nachfrage bei synthetischen Drogen

Während beim Handel mit Cannabis teilweise eine Zunahme während der Corona-Krise zu verzeichnen war, sei die Nachfrage nach synthetischen Drogen stark eingebrochen. Abwasseranalysen in den Niederlanden und in Spanien haben beispielsweise ergeben, dass im Vergleich zum Vorjahr nur noch etwa halb so viel MDMA, dem Wirkstoff von Ecstasy, im Abwasser nachgewiesen werden konnte. Das EMCDDA vermutet, dass angesichts der Schliessung aller Clubs und der Absage aller Festivals kaum jemand stimulierende Substanzen zum Feiern benötigt.

Auf der Seite der Drogenproduzenten hätten sich ebenfalls Veränderungen

abgezeichnet. Viele Grundsubstanzen, die für die Herstellung von synthetischen Drogen benötigt werden, kämen aus China. Im Zuge der Corona-Krise sei es jedoch zu Liefer Schwierigkeiten der Vorläufersubstanzen gekommen. Um die Produktion von synthetischen Drogen dennoch aufrechtzuerhalten, hätten manche Produzenten alternative Substanzen verwendet.

Quelle: Drogcom.de, August 2020

Kommentar EgD: In den Anfängen der Corona-Krise wurde das gesellschaftliche Leben stark heruntergefahren. Kriminelle Organisationen scheinen jedoch neue Wege gefunden zu haben, illegale Drogen an den Mann oder an die Frau zu bringen. Wir hoffen, dass die Politik daraus folgende Schlüsse zieht: Durch die Abgabe von Heroin, Cannabis, usw. kann der Schwarzmarkt nicht ausgetrocknet werden! Drogendealer agieren sehr flexibel. Repression ist daher unerlässlich. Die Nachfrage nach synthetischen Drogen sei eingebrochen, da das Partyfeiern im Corona-Lockdown kaum möglich war. Die Produktion sei insofern betroffen gewesen, als die Lieferketten für Vorläufersubstanzen von synthetischen Drogen teils unterbrochen waren. Dies zeigt deutlich, dass trotz der Illegalität der synthetischen Drogen, diese im grossen Stil verkauft und konsumiert werden. Der Freiheitsbegriff wird somit ad absurdum geführt. Die Zeche für dieses risikoreiche Verhalten vieler Partygänger/-innen zahlt die gesundheitsbewusste Bevölkerung.

Mit Auto/Velo unterwegs?

Immer mehr Verkehrsteilnehmende fahren unter Drogeneinfluss! Somit steigt das Risiko für uns alle, unverschuldet in einen Verkehrsunfall verwickelt zu werden.

Informieren Sie sich!

EgD Schweizerische Vereinigung **Eltern gegen Drogen**

www.elterngegendrogen.ch

Drogensüchtige als Risikogruppe

Die Pandemie und die Massnahmen zur Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus treffen gewisse Menschen in der Schweiz, die sonst schon zu den Verletzlichsten gehören, besonders hart. Dies gilt etwa für Drogenabhängige, deren tägliches Leben über Nacht auf den Kopf gestellt wurde, und die sich nun zusätzlich zu ihrer Sucht und ihrer oft schon bestehenden sozialen Isolation an die neue Situation anpassen müssen. «Diese Bevölkerungsgruppe ist von der aktuellen Situation viel stärker betroffen», sagt Rahel Gall, Direktorin der Stiftung Contact, die im Kanton Bern zahlreiche Dienstleistungen für Suchtkranke anbietet.

«Es handelt sich oft um Menschen mit gesundheitlichen Problemen. Sie gehören zu den Risikogruppen und fühlen sich sehr einsam, weil sie kein stabiles soziales Netz um sich herum haben.» Trotz der Pandemie ist es der Organisation gelungen, ihre Strukturen so anzupassen, dass sie ihre Dienstleistungen weiter anbieten kann. Auch wenn vor allem Sozialhilfe und medizinische Versorgung reduziert werden mussten.

Um die Vorgaben des Abstandhaltens einhalten zu können, musste Contact zum Beispiel die Anzahl der Personen begrenzen, die sich gleichzeitig in den Drogenanlaufstellen aufhalten können. Es kam zu Wartezeiten.

Rückkehr der offenen Szenen vermeiden

Und tatsächlich haben seit Beginn der Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus einige Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Bern festgestellt, dass das Spritzen von Drogen an öffentlichen Plätzen zugenommen hat. «Eines unserer Hauptziele ist, die Rückkehr einer offenen Drogenszene zu verhindern, wie wir sie in den 1990er-Jahren erlebt hatten», sagt Gall. «Daher haben wir hart daran gearbeitet, die Zahl der überwachten Konsumräume zu erhöhen.»

Zusammen mit der Stadt Bern hat Contact nun eine Lösung gefunden,



um Zelte und Container aufstellen zu können. Ab dieser Woche sind wieder alle Plätze verfügbar.

Der Alltag der Drogenkranken ist mit dem Coronavirus auch in anderen Bereichen noch härter geworden: Passantinnen und Passanten wollen sich denen, die um ein paar Münzen betteln, gar nicht erst nähern, und illegale Drogen gehen wegen der Schliessung der Grenzen langsam zur Neige.

«Wir starten ein Projekt, um neue Leute für unser Substitutionsprogramm zu gewinnen», sagt Gall. «Dies könnte jenen helfen, die auf dem Schwarzmarkt keine Produkte mehr finden oder Angst haben, tiefer in den Drogenhandel einzutauchen.» Sollte die Situation jedoch anhalten, warnt die Direktorin, könnte der Mangel an illegalen Substanzen noch ausgeprägter werden, und die Einsamkeit der Drogenkranken könnte sich weiter verschlimmern. Das nächste Ziel der Stiftung sei nun, nach Menschen zu suchen, die seit Beginn der Pandemie abgetaucht seien, um abzuklären, wie es ihnen gehe und um ihnen zu helfen, nicht zu sehr zu verzweifeln.

Gefahren, wenn illegale Drogen knapp werden

Auch die Strukturen, die staatliches Heroin auf ärztliche Verschreibung abgeben, mussten sich an den Kontext der Pandemie anpassen. Beim Dienst für Suchtmedizin der Universitäts-spitäler in Genf (HUG) kommen Personen, die früher zweimal täglich ihr Produkt abholten, jetzt alle zwei Tage

vorbei. Einige erhielten ausnahmsweise genug staatliches Heroin, um sieben Tage durchzukommen.

«Diese Situation scheint unseren Patienten zu passen, sie machen mit und haben bisher sehr verantwortungsbewusst gehandelt, keiner von ihnen wurde angesteckt», sagt Daniele Zullino, Chefarzt des Dienstes für Suchtmedizin. «Aber sie sind oft beunruhigt, weil ihr Durchschnittsalter 50 Jahre beträgt und sie zu den Risikogruppen gehören.» Die staatliche Heroinabgabe funktioniert problemlos.

Ganz anders sieht die Situation auf dem Schwarzmarkt aus: Wie in Bern herrscht auch in Genf zunehmender Mangel an Heroin, und der noch verfügbare Stoff ist von schlechter Qualität. «Um zu verhindern, dass Abhängige gefährliche Substanzen oder Fentanyl einnehmen, was in den USA und Kanada verheerende Folgen hatte, haben wir die Schwelle für den Zugang zu unseren Verschreibungen von Heroin und Opioiden gesenkt», sagt Zullino.

«Das bedeutet, dass wir die Bürokratie abgebaut haben und Einzelpersonen sehr schnell integriert werden können». Im Verlauf einer Woche konnten bereits ein Dutzend weitere Patientinnen und Patienten in diese Programme aufgenommen werden.

Quelle: M. Vuilleumier, Swissinfo, 17.4.2020



INTERNATIONALER TAG
GEGEN DROGENMISSBRAUCH UND
ILLEGALEN DROGENHANDEL

Zum Thema Cannabis organisieren wir für Sie gerne Vorträge oder Podiumsdiskussionen. Falls Sie Interesse haben, melden Sie sich bitte bei Frau Sabina Geissbühler-Strupler, Präs. Eltern gegen Drogen: E-Mail s.g.s@bluwin.ch.

Weiterführende Informationen finden Sie ebenfalls auf unserer Website: www.elterngegendrogen.ch.

Besondere Hinweise für Drogengebrauchende

Das Coronavirus ist im Gegensatz zu HIV und Hepatitis sehr einfach via Speichel übertragbar. Eine Übertragung kann erfolgen, wenn virushaltige Tröpfchen oder Speichel an die Schleimhäute der Atemwege gelangen. Daher solltet Ihr beim Konsum die Safer-Use-Regeln beachten. Dies bedeutet: Nutzt nur eure eigenen Konsum-Utensilien und gebt benutzte Utensilien nicht an andere weiter!

- Solltet Ihr Substanzen kaufen, die vorher im Mund transportiert wurden, wascht euch gründlich die Hände und transportiert die Kugeln keinesfalls in eurem Mund, Po oder in eurer Vagina. Gekaufte Kugeln solltet Ihr mit Plastikfolie umwickeln. Wenn ihr das Pulver oder den Stein ausgepackt habt und konsumieren wollt, wascht euch vorher gründlich die Hände.
- Vermeidet unbedingt das Teilen und die Weitergabe von Crackpfeifen, Bongs, Joints und Snieführchen. Bitte keine Kippen sammeln, denn Corona ist über Speichel sehr einfach übertragbar!
- Viele Einrichtungen haben Mengengrenzungen bei Konsumutensilien aufgehoben. Legt euch kleine Vorräte an. So müsst Ihr nicht täglich eure Drogenhilfe aufsuchen.

- Es sind kaum Leute unterwegs und Geschäfte geschlossen. Solltet Ihr Probleme haben, das Geld für euren Konsum zu bekommen, wendet euch an eure Drogenhilfe.
- Für den Fall, dass euer Dealer in Quarantäne ist, entwerft möglichst einen «Plan B». Vielleicht ist eine gute Bekannte bereit, euch als «Läufer/-in» zu unterstützen!
- Wenn ihr bereits substituiert werdet, fragt eure Ärztinnen nach einer Take-Home-Verschreibung, um nicht mehr täglich in die Praxis zu müssen.

Quelle: Deutsche Aidshilfe

Kommentar EgD: Wie schon zu Zeiten des Zürcher Platzspitzes und des Berner Kocherparcs, als absichtlich der Polizei der Zutritt auf diese Schandflecken verwehrt wurde – bis das Elend so offensichtlich war, dass diese Plätze geräumt und als einzige Lösung die süchtigen Menschen von Staates wegen Heroin spritzen durften – wird die Corona-Pandemie zu weiteren Schritten Richtung «Legalisierung aller Drogen» ausgenutzt. Neue Plätze für den Konsum der illegal erworbenen Suchtmittel wurden geschaffen, Drogenabhängige werden für Substitutionsprogramme ange-

worben. Dies bedeutet, dass ihnen Methadon und Heroin abgegeben werden, welche die Krankenkassen bezahlen müssen. Nach Gesetz müssen die Süchtigen im Heroinprogramm zur Kontrolle und zur psychosozialen Begleitung zweimal zur Abgabestelle kommen, um das Heroin zu spritzen. Nun erfahren wir, dass staatliches Heroin sogar für eine Woche mitgegeben wird. Dies ist verantwortungslos, denn gerade für süchtige Menschen ist es kaum möglich, Substanzen mit einem so grossen Suchtpotential verteilt einzunehmen. Da mehr als 80% der Drogensüchtigen polytoxikoman sind, werden viele mit ihrem Staatsheroin dealen, um Kokain oder andere illegale Drogen kaufen zu können. Dass der Zugang zur Verschreibung von Heroin und anderen Opioiden gesenkt wurde, ist ein Hohn. Doch neue Kunden bedeuten Arbeitsbeschaffung und Lohnsicherheit für die «Suchthelfenden». Es stimmt alle Eltern, Partner/-innen, Kinder von Suchtmittelabhängigen traurig, dass die Option «abstinenzorientierte Therapie» mit keinem Wort erwähnt, geschweige denn dafür geworben, wird. Dabei würde die Corona-Pandemie die Möglichkeit eines Ausstiegs bieten, da die Verfügbarkeit von illegalen Drogen reduziert wurde.

Wir haben den Ausstieg geschafft!

Berichte aus dem Leben ehemals Drogensüchtiger.

Jeannine: Ich führte ein Doppelleben. Tagsüber arbeiten, um den Schein zu wahren. Nachts auf der Gasse Geld anschaffen, um Stoff zu kaufen, damit der nächste Tag kein Alptraum wurde. Dazu gehörte: Eltern und Freunde zu beklauen und anzulügen. Das war ein normaler Alltag. Ein absolut stressiges Leben, dauernd in Angst auf den «Aff» zu kommen. Meine zweite fristlose Kündigung hatte ich mit 27 Jahren. Danach entschloss ich mich, eine Langzeit-The-

rapie zu machen. Der Wahrheit endlich ins Auge sehen. Das Schwierigste überhaupt war, mir einzugestehen, dass ich ohne Hilfe nie und nimmer aus diesem Sumpf rauskomme. Natürlich war ich ein absoluter Therapiegegner, denn niemand konnte mir eine Garantie geben, ob die nächsten 1-2 Jahre vergeudete Zeit sein werden. Wenn ich heute zurückblicke, war und ist es die beste Lebensschule. Die Therapie war anfangs sehr anstrengend, doch mit der Zeit auch spannend, etwas über die eigene Person zu erkennen. Eine grosse Familie, die mich auch in schweren Zeiten stützte,

ich fühlte mich nie alleine. Bei Problemen wurde zusammen eine Lösung gesucht. Ausflüge, Ferien, Sport: Eine wirkliche Oase. Natürlich gab es auch Arbeitsbereiche. Eine tolle Vorbereitung für ein neues Leben ohne Drogen. Heute weiss ich, die Garantie gab ich mir selber. Die Zeit, ein Jahr oder mehr, was spielt es für eine Rolle, das Leben dauert viel länger. Im Dezember bin ich nun seit zehn Jahren «clean»! Fast unglaublich, wie schnell die Zeit vergeht. Ich arbeite in einer Zahnarztpraxis als Prophylaxeassistentin, eine Weiterbildung, die ich nach der Therapie absolvierte.

Auch bin ich seit vier Jahren verheiratet, habe einige Hobbys und würde mein Leben niemals mehr tauschen, denn ich bin glücklich und stolz!

Yvonne: Am 26.10.1997 bin ich ins Neuthal eingetreten. Mein Leben bis dahin würde ich als zerstörerisch und krank bezeichnen. Ich verletzte viele Menschen in meinem Umfeld. Es war mir zu diesem Zeitpunkt egal. Ich wollte nur eins: Drogen um jeden Preis! Das Leben, das ich führte, hasste ich. Ich war ein körperliches und geistiges

Wrack. Das Leben im Neuthal hat mir eine Perspektive gegeben. Ich lernte, meine Gefühle wieder zu spüren. Es wäre gelogen, würde ich behaupten, es sei eine einfache Zeit gewesen.

Aber sie prägte mich. Es gab täglich Gründe, um wieder abzustürzen, aber keinen, der es wert war. Ich gehe heute noch in eine Selbsthilfegruppe. Das gibt mir Kraft und Vertrauen. 2004 bin sogar Mutter von Zwillingen geworden. Ich wünsche euch auf eurem Weg viel Kraft und Vertrauen. Das Leben ist kostbar. Jeder Frust geht irgend-

wann vorüber. Habe ich heute einen schlechten Tag, so hilft mir dieses Denken, ihn ohne Drogen zu überstehen.

Kommentar EgD: Das Zentrum Neuthal bei Bäretswil ZH ist eine der wenigen abstinenzorientierten Therapiestationen in der Schweiz. Die meisten wurden durch die Heroin- und Methadon-Verteilung verdrängt. Die Legalisierungslobby interessiert sich wenig für die Heilungsansätze bei Drogensüchtigen.

Substitutionsbehandlungen in Deutschland und in der Schweiz

Die Substitutionsbehandlung ist eine von mehreren Möglichkeiten zum Ausstieg aus der Abhängigkeit von Opiaten (Heroin). Substitution bedeutet Ersatz. Ersatzstoffe für Heroin sind Methadon, Polamidon, Subutex.

In Deutschland bedeutet Substitution eine drastische Verringerung des Risikos der Infizierung von HIV und/oder Hepatitis und die Verbesserung des allgemeinen Gesundheitszustandes. **Der Weg aus der Sucht erfolgt durch einen sanften Entzug (schrittweise Reduktion der Dosierung bis auf Null).** In der Regel treten keine oder nur sehr geringe Entzugserscheinungen auf. Es bedeutet die Chance, die Zeit zwischen Beginn der Therapievorbereitungen und Aufnahme in eine stationäre Therapie zu überbrücken ohne erneut straffällig zu werden, sowie die Chance, aufgrund eines «drogenfreien Kopfes» und durch die neu gewonnene Freizeit sich mit seiner Suchtproblematik adäquat auseinander setzen zu können.

Substitution bedeutet nicht, eine Rauschwirkung oder Euphorisierung zu bewirken, sondern Ziel der Behandlung ist in erster Linie Entzugssymptome zu vermeiden. Es handelt sich in der Regel um eine langfristige Behandlung, die Disziplin erfordert. Die Bewegungsfreiheit ist eingeschränkt, da das Substitutionsmittel täglich beim Arzt / bei der Ärztin einzunehmen ist – auch an Wochenenden. Aufgrund des fehlenden Kicks während der Substitution besteht die

Gefahr des Beikonsums. Unter Umständen müssen Substituierte erst wieder lernen, mit der unausgefüllten und freien Zeit umzugehen. Es zeigt sich hier meist, dass eine Vielzahl sozialer Kontakte verloren gingen und die Betroffenen oftmals wenige oder keine Freunde ausserhalb der Szene haben.

Die Substitutionsmittel unterscheiden sich in folgenden Punkten von Opioiden: Heroin wird häufig intravenös konsumiert (gespritzt). Substitutionsmittel können dagegen ohne nennenswerten Wirkverlust oral eingenommen werden. Substitutionsmittel haben eine erheblich längere Wirkdauer als Heroin und erzeugen keinen Kick.

Substitution in der Schweiz bedeutet, dass die Dauer der Behandlung nicht befristet sein soll – entsprechend der Therapie eines anderen chronischen Leidens. **Das Verbleiben in der Behandlung ist ein wichtiges Kriterium der Effektivität der Therapie.** Die Zahl der Opioidabhängigen in der Schweiz wird vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) aktuell auf 22'000 bis 27'000 geschätzt; die Anzahl neuer Opioidabhängigen ist rückläufig. In der Schweiz nehmen rund 18'000 Personen eine substitutionsgestützte Behandlung (SGB) mit Methadon oder Buprenorphin und etwa 1'600 Personen eine SGB mit Diacetylmorphin (pharmazeutisch hergestelltes Heroin) in Anspruch. Die Kosten für die SGB gehört zu den Leistungen der obligatorischen Krankenversicherung. Mit steigender Tendenz sind etwa 20% der Patient/-innen

Menschen mit einem Migrationshintergrund. Das Durchschnittsalter von SGB-Patient/-innen nimmt zu. Typische Alterserkrankungen wie Osteoporose, chronischen Krankheiten oder Atem- und Herzkreislaufbeschwerden treten bei Abhängigen früher und häufiger auf. Verfügbare medizinische und soziale Ressourcen sollen genutzt werden, um zunehmend pflegebedürftige Abhängige so lange wie möglich in gewohnter Umgebung zu versorgen. Ist dies nicht mehr möglich, stellen Pflegeheime eine Alternative dar, in denen mit Hilfe eines koordinierten Versorgungsnetzwerkes die SGB weitergeführt werden kann.

Kommentar EgD: Beim Vergleich der Websites zum Thema Substitutionsbehandlungen der Deutschen und Schweizer Gesundheitsbehörden muss man beschämt feststellen, dass wir in der Schweiz drogensüchtige Menschen aufgegeben haben. Während in Deutschland Ersatzstoffe abgegeben werden, um den Weg aus der Sucht zu finden, ist in der Schweiz das (lebenslängliche) Verbleiben am «Tropf» der Suchtbegleiter/-innen eines der wichtigsten Kriterien. Auffallend ist auch, dass in Deutschland den Abhängigen keine berauschenden Ersatzstoffe abgegeben werden. In der Schweiz werden rund 1'600 Heroinsüchtige mit Diacetylmorphin, also Heroin in Reinform, versorgt. Die Krankenkassen müssen diese hochpotente Drogenabgabe bezahlen, ob schon nun endlich allen klar ist, dass das Spritzen von reinem Heroin keine Heilbehandlung ist.

Cannabis-Freigabe: Ein politischer Irrweg!



ist der schädliche Aspekt gut dokumentiert: Rund 10 Prozent der Menschen, die jemals in ihrem Leben in welcher Form auch immer Cannabis konsumiert haben, entwickeln cannabisbezogene Störungen. **In Europa ist die Zahl der Personen, die erstmals eine Suchtbehandlung wegen cannabisassoziierter Probleme beginnen, von 43'000 im Jahr 2006 auf 76'000 im Jahr 2015 angestiegen. Chronisch erhöht ist auch das Risiko für respiratorische Erkrankungen. Cannabiskonsum erhöht das Verkehrsunfallrisiko bis zu einem Faktor von 2,6. Früher Cannabiskonsum ist mit geringeren Bildungserfolgen assoziiert, mit affektiven Störungen, psychotischen Störungen und Angststörungen. Die Suizidalität erhöht sich um Faktoren zwischen 1,5 und 3.** Alexander Taube abschliessend: «Es ist verständlich, dass politische und gesellschaftliche Debatten emotional geführt werden. Im Bereich der Medizin wurden in den letzten 30 Jahren jedoch erhebliche Aufwendungen betrieben, um Verfahren und Behandlungen auf wissenschaftliche Evidenz zu gründen. Für die Cannabis-Diskussion bedeutet dies, dass mit einer Freigabe sehenden Auges die Ebene der evidenzbasierten Medizin von höchster Stelle verlassen werden würde.»

Quelle: Max Grundig Klinik, Bühlerhöhe (D)

Impressum

Herausgeberin:

Schweizerische Vereinigung
Eltern gegen Drogen,
Postfach, 3001 Bern
elterngegendrogen@bluewin.ch
www.elterngegendrogen.ch

Spendenkonto:

PC 30-7945-2
Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Redaktionsteam:

Dr. med. Theodor Albrecht
Dr. rer. nat. Alexandra Nogawa
Sabina Geissbühler-Strupler

Layout: Optimovum GmbH, 3018 Bern

Druck: Jordi AG, Aemmenmattstrasse 22,
3123 Belp, info@jordibelp.ch

Alexander Taube, Chefarzt der Psychosomatik der Max Grundig Klinik sagt: «Mich hat die Diskussion über Cannabis schockiert. Selten wurden in der Rechtsgeschichte Gesetze erlassen, die derart im Widerspruch stehen zu evidenzbasierten Erkenntnissen der medizinischen Forschung.» Taube bezieht sich dabei auf die Freigabe von Cannabis in mehreren Bundesstaaten der USA wie z.B. in Kanada. Inzwischen entstehen milliardenschwere Unternehmen mit einem Kerngeschäft rund um Cannabis. Auch in Deutschland und in der Schweiz werden politische Stimmen lauter, die den Verkauf von Cannabis in beschränktem Rahmen erlauben wollen. Der Psychiater und Psychotherapeut Taube warnt: «Dem internationalen Trend zu folgen, wäre ein fataler politischer Irrweg.»

Taube weist in diesem Zusammenhang insbesondere auf eine aufwändige Studie hin. Das Bundesministerium für Gesundheit hat die sogenannte CaPRis Studie (Cannabis Potenzial und Risiken) in Auftrag gegeben. Diese wurde nach zwei Jahren Arbeit vor gut einem Jahr veröffentlicht. Für diese Untersuchung wurden 2100 Publikationen aus fünf internationalen Datenbanken zum Thema Cannabinoide, Cannabiskonsum, Cannabis, Arzneimittel und verwandte Themen von Experten analysiert. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter versicherten an Eidesstatt, ihre Motivation sei normative Wissenschaft und keine Verfolgung partikularer Interessen.

Zusammengefasst kommt die Studie zu folgenden Ergebnissen: Auch zu den vermeintlich klassischen Indikationen «chronische Schmerzen» und «Spastizität bei neurodegenerati-

ver Erkrankung» (eine krampfartige Erhöhung der Muskelspannung als Ausdruck einer Nervenerkrankung) war keine signifikante (positive) Wirksamkeit von Cannabis erkennbar. Bei psychischen Erkrankungen ist die Datenlage so unzureichend, dass keine verlässlichen Aussagen getroffen werden können. **Ein therapeutischer Nutzen von pflanzlichen, synthetischen sowie teilsynthetischen Cannabinoiden wurde nur mit der Indikation «Übelkeit und Erbrechen bzw. Appetit-Stimulation» bei Menschen unter chemotherapeutischer Behandlung von Krebserkrankungen und HIV / AIDS nachgewiesen.** Längst hinlänglich bekannt sind die – zum Glück überwiegend reversiblen – unerwünschten Wirkungen von Cannabinoiden. Katastrophal hingegen sind die gefürchteten Nebenwirkungen einer durch Cannabis-Konsum ausgelösten Schizophrenie. Alexander Taube von der Max Grundig Klinik sagt: «Vor dem Hintergrund dieser Fakten ist jede Form einer Legalisierung Unfug und zum Schaden von Menschen.» Auch die Erfahrungen in langer praktischer Tätigkeit widersprechen der Lockerung der Gesetze. Alexander Taube erinnert an die Behandlung eines jungen, viel versprechenden und begabten Mannes, der durch Cannabiskonsum schizophren wurde. Eine Remission gelang nicht. Statt der geplanten akademischen Karriere wurde der Patient ein Behandlungsfall für den sozialpsychiatrischen Dienst – für den Rest seines Lebens. Und das ist kein Einzelfall.

Fazit: Es gibt nach wissenschaftlichem Kenntnisstand keine Erkrankung, auf die Cannabinoide irgendeinen positiven Effekt haben, hingegen

Wichtigste Fakten zu den Pilotversuchen mit Cannabis und zur Änderung des Betäubungsmittelgesetzes

Gemäss Artikel 5, Absatz 2, der Bundesverfassung muss staatliches Handeln im öffentlichen Interesse liegen. Deshalb muss das Betäubungsmittelgesetz so ausgestaltet sein, dass der Gesundheitsschutz der ganzen Bevölkerung (insbesondere der Jugendschutz), der Schutz der öffentlichen Ordnung und die öffentliche Sicherheit gewährleistet sind. Die Experimente mit Kiffen hingegen (ca. 3% der Bevölkerung) belasten deren Gesundheit.

Unzählige, wissenschaftlich fundierte Studien belegen die negative Auswirkung von Cannabis auf den Körper und die Psyche: Lungenschäden, Amotivationssyndrom («Null-Bock-Stimmung»), Beeinträchtigung der Reaktions- und Konzentrationsfähigkeit sowie des Kurzzeitgedächtnisses, Aggressionen, Gewalt, Depressionen, Psychosen, Schizophrenien, usw.

Mit den neuen Artikeln im Betäubungsmittelgesetz wird diesen möglichen Auswirkungen nicht Rechnung getragen und gegen die Bundesverfassung verstossen. Gerade in der Zeit des Corona-Virus ist es absurd, von Staates wegen Cannabis konsumieren zu lassen. Denn es ist erwiesen, dass das Betäubungsmittel Cannabis das Immunsystem schwächt und somit sowohl die Gesundheit der Versuchsteilnehmenden wie auch deren Umfeld gefährdet. Wir weisen darauf hin, dass eine Lockerung im Betäubungsmittel-

gesetz von der Bevölkerung klar abgelehnt worden ist: Die Cannabis-Initiative mit 63% und die Droleg-Initiative mit 74%! Wenn nun trotz diesen Fakten eine Abänderung des Betäubungsmittelgesetzes beschlossen wird, wären die folgenden Versuchsbedingungen dringend zu fordern:

- Die Versuchsteilnahme muss auf max. 4 Jahre beschränkt und mit einer Versuchsauswertung abgeschlossen werden.
- Die Teilnehmer/-innen müssen Schweizer Bürger/-innen sein.
- Sie müssen ein geregeltes Arbeitsverhältnis aufweisen und ihr Arbeitgeber muss über die Versuchsteilnahme informiert sein. Auch Schüler/-innen und Studierende müssen ihre Vorgesetzten über den regelmässigen Cannabiskonsum ins Bild setzen, um Notfallsituationen richtig zu begegnen und Fehlleistungen vorzubeugen.
- Damit das Strassenverkehrsgesetz nicht verletzt wird und die Rechtsgleichheit garantiert bleibt, müssen die Versuchsteilnehmenden ihren Fahrzeugausweis aus Sicherheitsgründen abgeben!
- Die Versuchsteilnehmenden dürfen weder Sozialhilfegelder noch eine Invalidenrente beziehen, damit sie die Betäubungsmittel selbst finanzieren können.
- Die Tabaksteuer gilt auch für die zum Rauchen bestimmten Cannabisprodukte.

■ Die Kosten für die Herstellung des Drogenhanfs, die Betreuung der Teilnehmenden, die Kontrollen von Stoff und Auswirkungen werden Millionen Franken kosten. Diese Kosten müssen die Gemeinden, welche diese Pilotversuche starten wollen, ohne direkte oder indirekte finanzielle Beiträge des Bundes und der Kantone übernehmen, da diese nicht von öffentlichem Interesse sind.

Gefährlich bei dieser Versuchsanlage ist auch die vorgesehene Höchstmenge von 10 g Cannabis pro Monat. Diese Menge ergibt ca. 100 Joints mit einem hohem THC-Gehalt von 20% (wie hochprozentiger Schnaps!). In den 1968-Jahren betrug der Rauschgiftgehalt von Marihuana noch 1-3%! Da eine Kontrollgruppe fehlt, werden den Pilotversuchen mit Cannabis von Fachleuten schon jetzt die Wissenschaftlichkeit abgesprochen.



Nationalrätin Andrea Geissbühler, Präsidentin Dachverband «Drogenabstinenz Schweiz»

Unterstützen Sie uns!

Als Mitglied erhalten Sie vierteljährlich unser Informationsbulletin, das Sie über aktuelle Themen auf dem Laufenden hält. Mit Ihrem Beitrag unterstützen Sie die Anliegen der Schweizerischen Vereinigung Eltern gegen Drogen.

- | | |
|---|---|
| <input type="checkbox"/> Einzelmitglied (Jahresbeitrag Fr. 30.–) | <input type="checkbox"/> Ich will das Info-Bulletin <i>EgD info</i> abonnieren. (Fr. 20.–) |
| <input type="checkbox"/> Ehepaar-Mitglied (Jahresbeitrag Fr. 50.–) | <input type="checkbox"/> Ich möchte die Vereinigung finanziell unterstützen. Bitte senden Sie mir einen Einzahlungsschein zu. |
| <input type="checkbox"/> Gönner (Beitrag nach freiem Ermessen) | (PC Konto 30-7945-2) |

Name, Vorname

Adresse

PLZ / Ort

Datum / Unterschrift

Schweizerische Vereinigung Eltern gegen Drogen, Postfach, 3001 Bern